

Peter Steinbach

## **Nach Auschwitz**

Die Konfrontation der Deutschen  
mit der Judenvernichtung



Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet  
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;  
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet  
unter *<http://dnb/ddb.de>* abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0462-4

© 2015 by

Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH

Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Antje Haack | Lichten, Hamburg

Satz: Kempken DTP-Service | Satztechnik · Druckvorstufe · Layout, Marburg

Druck und Verarbeitung: CPI – Ebner & Spiegel GmbH, Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2015

Besuchen Sie uns im Internet: *[www.dietz-verlag.de](http://www.dietz-verlag.de)*

# Inhalt

Vorbemerkung . . . . .	7
1 Vergangenheit – Erinnerung und Reflexion – humane Orientierung . . . . .	11
2 Erinnerung an die NS-Zeit – Politische Bildung – Politische Kultur . . . . .	20
3 Bezugspunkt des Erinnerns: Das Scheitern der Weimarer Demokratie . . . . .	26
4 Der Untergang begann am 30.1.1933 . . . . .	35
5 Gegen das Vergehen der Erinnerung im Gedenken – Diskussionen über die Vergegenwärtigung der NS-Verbrechen . . . . .	46
6 Eichmann und Auschwitz-Prozess – Zäsuren der Aufarbeitung Gerichtstag der Deutschen über sich selbst . . . . .	59
7 Die Realität der Untaten – sichtbar gemacht . . . . .	75
8 Alltägliche Ausgrenzung – Verfolgung – Entrechtung: Vor aller Augen . . . . .	81
9 Mahnmale – eine Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus? . . . . .	88
10 Das Versprechen: Nie wieder . . . . .	96
Über den Autor . . . . .	107

# Vorbemerkung

Der Tag des »Gedenkens an die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft« ist Ausgangspunkt dieses Essays, einer Reflexion, die historische Zusammenhänge mit der politischen Gegenwart verbinden will. Der Text ist subjektiv und verzichtet auf Anmerkungen. Er will in den gedenk- und erinnerungspolitischen Debatten unseres frühen 21. Jahrhunderts Position beziehen und dort, wo es angebracht erscheint, eigene geschichtspolitische Erfahrungen spiegeln.

Ich bin davon überzeugt, dass historische Reflexionen nicht klug machen für immer und für alle Zeiten. Wenn Jakob Burckhardt einst seiner Hoffnung Ausdruck verlieh, die Beschäftigung mit der Vergangenheit könne weise machen, hege ich Zweifel. Allerdings könnte das Nachdenken über Geschichte vielleicht bewirken, dass Nachlebende manche der Erfahrungen nicht immer wieder von Grund auf neu machen zu müssen, die ihre Vorfahren belasteten. Und vor allem könnte ein Rückblick auf die Geschichte helfen, unser Verhalten, unser Denken und unsere Maßstäbe an Verhaltensweisen, Ordnungsvorstellungen und Wertmustern auszurichten, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen und der »humanen Orientierung« dienen. Denn es ist nicht zu bestreiten, dass Menschen zu allen Zeiten durch ihre Mitmenschen bedroht wurden und in Gefahr waren. Nachlebende nahmen sich im Anschluss an Epochenbrüche immer wieder vor, ihr Zusammenleben auf neue Grundlagen zu stellen. Tolerant, unaufgeregt, freiheitlich, pluralistisch, vor allem auch friedlich sollte es zugehen.

Dennoch gibt es gegenwärtig erschreckende Fälle von Ausgrenzungen und Abgrenzungen, die wöchentlich für Schlagzeilen sorgen und augenscheinlich vor allem einer emotionalen Mobilisierung dienen. Sie geben Rätsel auf. »Patriotismus«, »Abendland«, »Leitkultur« – diese Begriffe

signalisieren eigentlich Gemeinsamkeit und Identität. Heute werden sie benutzt, um Intoleranz zu säen und sich der Köpfe der Menschen zu bemächtigen, und zugleich machen sie deutlich, wie wenig aus der jüngeren Vergangenheit gelernt und begriffen wurde.

Alfred Grosser hat in diesem Zusammenhang vor wenigen Tagen betont, dass es bedenklich sei, wenn Politiker immer nur verbreitete und in der Publizistik verstärkte Argumente und Denkvorstellungen aufgriffen, die die Menschen unserer Zeit angeblich umtreiben und doch meist nur von außen an sie herangetragen wurden. Er hatte die seit einigen Monaten regelmäßig montags stattfindenden Demonstrationen selbst ernannter »patriotischer« Verteidiger des Abendlandes vor einer angeblichen Islamisierung im Blick und hielt dagegen: Es sei nicht die Aufgabe von Menschen, die über die politische Ordnung und das menschliche Zusammenleben nachdenken, Stimmungen und Ängste, Unbehagen und diffuse Gefühle zu spiegeln, sondern »aufzuklären« und zum Nachdenken anzuregen. An anderer Stelle sagte er einmal: »Wir können nur predigen, was wir wollen in unseren Grundwerten, wenn wir sie nicht verletzen. Und jede Verletzung dieser Grundwerte verneint, was ich die schöpferische Erinnerung genannt habe, das heißt eben aus der Erinnerung an das Furchtbare für uns Regeln zu ziehen, wie wir uns verhalten sollen im Namen einer Vergangenheit, die nicht vergehen soll, die da bleiben soll. Und ich möchte sagen, Auschwitz ist die Grundlage dafür, dass man an den anderen denkt.«

Für mich eröffnete der Blick auf die Vergangenheit stets die Chance einer Relativierung von verallgemeinernden Schlagworten, Emotionalisierungen und Deutungen. Geschichte war und ist in meinen Augen deshalb ein Resonanzboden vermeintlicher Herausforderungen der Gegenwart. Durch Parallelisierungen und Analogien lassen sich zuweilen in der Tat aktuelle Probleme präzise erkennen und in ihren Konsequenzen abschätzen, aber auch neu akzentuieren und

entdramatisieren. Mein persönliches Bestreben war immer, Geschichte und politische Bildung miteinander zu verbinden. Ich wurde entscheidend durch Versuche geprägt, historische Grundlagen der Politik in das Studium der Politikwissenschaft sowie in die Sozialkunde- und Geschichtslehrausbildung zu integrieren. Das ist im Laufe der Jahre nicht leichter geworden. Denn der Stellenwert der Geschichte im öffentlichen Leben sinkt. Die Zahl der Unterrichtsstunden, die für die politische Bildung reserviert sind, schrumpft. Kam es früher darauf an, Staatsbürger durch politische Bildung zu befähigen, verantwortlich in ihrem Gemeinwesen zu agieren, so geht es in Schulen und Universitäten heute zunehmend darum, sie auf ihr Berufsleben vorzubereiten. An die Stelle politischer Bildung treten neue Unterrichtsfächer wie »Wirtschaft und Beruf« oder »digitale Grundbildung«, nicht aber das kritische Nachdenken über Politik und Wirtschaft.

Die Kenntnis der Vergangenheit – davon bin ich überzeugt – bleibt auch in Zukunft das Rückgrat jeder politischen Bildung. Denn bei der Bewertung gegenwärtiger Politik geht es immer auch um Politikfolgenbewältigung (Claus Offe). Das eine lässt sich nicht gegen das andere ausspielen. Und beides ist unverzichtbar: Die Fähigkeit, gegenwärtige Interessenkonstellationen und Entscheidungsmotive zu durchschauen, und das Vermögen, aktuelle Entwicklungen historisch zu reflektieren.

## 5 Gegen das Vergehen der Erinnerung im Gedenken – Diskussionen über die Vergegenwärtigung der NS-Verbrechen

Die Auseinandersetzungen um die Deutung des 8.5.1945 haben bereits zehn Jahre nach der bahnbrechenden Rede zum Kriegsende, die Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1985 gehalten hatten, deutlich gemacht, dass gemeinsame Erinnerungen an Ereignisse der kollektiven Vergangenheit die Bürger eines Staates nicht automatisch einen müssen. Im Gegenteil: Manche Auseinandersetzungen der letzten zehn Jahre um Formen, Inhalte und Anlässe des Gedenkens haben in Deutschland, wie auch in anderen Industriegesellschaften, immer wieder heftige geschichtspolitische Kontroversen angestoßen. In diesen Deutungskonflikten ging es nicht immer darum, was ein »angemessenes Gedenken« sei, sondern um die Erörterung der Spannungen zwischen der vergangenen Wirklichkeit und ihrer Deutung, zwischen Fakten und Vision. Viel häufiger aber ging es um eine historisch verbrämte, im Kern politische Auseinandersetzung, die den Streit um die Erinnerung zum Mittel rhetorischer Zuspitzung machte. Es ging sehr oft um historisch-kulturelle Hegemonie, um die »Besetzung der Geschichte« durch politische Kontrahenten. Dabei zeigte sich, dass es in der Regel nicht um selbstkritische historisch-moralische Reflexion, sondern um Identitätsstiftung ging.

Manche der historischen Auseinandersetzungen wurden von der internationalen Öffentlichkeit sehr kritisch beachtet. So in den achtziger Jahren, als manche Deutsche an die Geschichte der Vertreibung erinnerten, sich als Opfer des alliierten Bomberkrieges empfanden, Massenvergewaltigungen thematisierten oder die »Auschwitzkeule« (Martin Walser) beklagten, die geschwungen würde, um die NS-Vergangenheit nicht vergehen zu lassen. Es wurde sogar behauptet, wegen

der damit verbundenen Generationskonflikte »dürfe« sie nicht vergehen (Ernst Nolte).

Diese Kontroversen haben Spuren im Bewusstsein der Deutschen hinterlassen, die erklären, weshalb immer wieder heftig über die angeblichen Zwänge der *Political Correctness* diskutiert und unter Berufung auf die Meinungsfreiheit gefordert wird, man werde eine angeblich tabuisierte »Tatsache« ja doch wohl ungestraft beim Namen nennen dürfen. Nicht selten beanspruchen die Wortführer der selbst ernannten Tabubrecher, dass ihre Meinungen die Meinungen der Bevölkerungsmehrheit seien. Solcher Größenwahn spiegelt vielleicht das Quotendenken erfolgreicher Talkshows, nicht aber den Anspruch, Ansichten und Meinungen ernsthaft kritisch zu überprüfen.

In den fünfziger Jahren gab es viele Deutsche, die fest davon überzeugt waren, Geschichtsbilder spiegelten die Interessen der Siegermächte. So offen wie in den Achtzigern, wo öffentliche Debatten schließlich auch die allgemeine Gesprächskultur beeinflussten, wurde damals noch nicht diskutiert. Vom Historikerstreit führte schließlich ein unmittelbarer Weg zur Debatte um die Thesen Thilo Sarrazins und die Parolen der Pegida-Bewegung, die immer wieder gegen die vermeintliche deutsche »Kriegsschuldflügel«, den angeblichen deutschen Selbsthass oder die geschmähte »Lügenpresse« Stellung bezieht.

Nicht selten wirkten die Reaktionen des Auslandes auf den deutschen Streit zurück, wie die Auseinandersetzungen über ein »Zentrum zur Vertreibung« oder die Diskussion über alle Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft zeigten. Schon deshalb bleibt die Bewertung des Geschichtsbewusstseins der Deutschen, ihres Geschichtsverständnisses, ihrer Erinnerungskultur und ihres Willens zum Gedenken von großer Brisanz. Nicht weniger Interesse finden im Ausland Äußerungen zum angeblichen deutschen Verdrängungswillen.



Gewiss: Deutschland lebt im Schatten seiner Vergangenheit, auch nach dem Umbruch von 1989, der die Ansicht nährte, mit dem scheinbaren Ende der Nachkriegszeit könne eine Historisierung und damit eine Relativierung der deutschen Zeitgeschichte vor 1945 beginnen. Aber das war so neu nicht, schon früher wurde oft versucht, das Ende der Nachkriegszeit herbeizureden – gleichwohl machten Diskussionen und Reaktionen überdeutlich, dass die Auseinandersetzung mit dieser Geschichte das politisch-moralische Selbstverständnis der Deutschen weiterhin prägte.

Gerade deshalb drängt es sich auf, die spezifischen Bemühungen der Deutschen, ihre Vergangenheit zu verstehen und zu klären, aufmerksam im Blick zu halten. Schon so manche Zeitgenossen wollten das Ende des Ostblocks als Zäsur interpretieren, welche die Nachkriegszeit endgültig beendete, doch machte spätestens die *Goldhagen-Debatte* knapp zehn Jahre danach jedem klar, dass dies ein Trugschluss war.

Wie sollte das auch anders möglich sein? Siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs sind viele seiner verheerenden Auswirkungen in Osteuropa immer noch spürbar. Angesichts der unglaublichen Zerstörungen, welche die nationalsozialistische Besatzungsherrschaft den osteuropäischen Gesellschaften zugefügt hatte, und angesichts der anschließenden Unterwerfung unter den sowjetischen Machtbereich handelt es sich bei diesen Kontroversen um die deutsche Geschichte nicht um banale »Politikfolgen«-Bewältigung. Hier geht es um die Frage, wie sich das 20. Jahrhundert mit seinen Chancen und Katastrophen, mit seinen Hoffnungen und seinem Leid in Deutschland auf eine angemessene Weise in das Bewusstsein der Nachlebenden rücken lässt – was immer »angemessen« im Einzelfall bedeuten mag.

Diese Frage berührt den Kern des 27. Januar, der ohne vorausgehende intensive öffentliche Diskussion zum »Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus« erklärt wurde. Seinen Geltungsbereich über die Geschichte des NS-

Lagersystems hinausweisen zu lassen, sollte Erinnerungen an andere Ereignisse der deutschen Zeitgeschichte, die mit der Geschichte der NS-Zeit zusammenhängen, ins Gedenken einbeziehen. Die Frage blieb jedoch, an welche historischen Ereignisse, an welche Opfer und an welche Spätfolgen der Verfolgung und Vernichtung erinnert werden sollte. Für Relativierungen ist in integralen Gedenkansätzen kein Platz. Deshalb bot die heikle Frage, welche Ereignisse an den Rand der kollektiven Erinnerung rücken (und damit an den Rand des öffentlichen Gedenkens), eine wichtige Chance, sich höchst unterschiedliche individuelle Leidenswege bewusst zu machen.

Der Begriff »Opfer« des Nationalsozialismus ist ebenso vielschichtig wie vieldeutig – das zeigten viele frühere Auseinandersetzungen um Denkmäler, Museen, Gedenkstätten, Inschriften und Symbole der vergangenen dreißig Jahre. Diese Vieldeutigkeit auszusprechen, war eine große Leistung von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, dessen Rede zum Kriegsende im Mai 1985 exemplarisch für die Denkmuster integralen Erinnerns steht. Deutlich wurde in der öffentlichen Reaktion, was zu vermuten stand, dass keine historische Zäsur die Deutschen im 20. Jahrhundert so stark beschäftigt und geschichtspolitisch geprägt hatte wie das Jahr 1945. Kein Zeiteinschnitt hatte sie in den vergangenen drei Jahrhunderten in ihren ganz persönlichen Lebensverhältnissen tiefer beeinflusst als gerade dieses Jahr der Niederlage und Befreiung. Es verkörperte nicht nur eine weltgeschichtliche Zäsur, sondern markierte durch Gefangenschaft, Vertreibung und frühen Notjahre der Nachkriegszeit einen tiefen persönlichen Lebenseinschnitt.

Die Erinnerung an diesen Tag musste so unausweichlich zur Herausforderung für das Gedenken der Nachlebenden werden. Zwar sollte sich im Gedenken die Vielfältigkeit der Schicksale, die Gleichzeitigkeit widersprüchlichster Stimmungen, Ängste, Hoffnungen spiegeln. Die Befreiung der

Konzentrationslager, die Rettung der Häftlinge, die zu Todesmärschen gezwungen und so dem Tod preisgegeben wurden, steht deshalb neben der Erinnerung an Plünderungen und Vergewaltigungen, an Gefangenschaft und Verschleppung, an Internierung und Vertreibung. Wer sich die Vielfalt von Leidens-, Ausgrenzungs- und Verfolgungserfahrungen bewusst macht, wird den Wahrheitsgehalt erkennen, den Vaclav Havel im Sinn hatte, als er in der Umbruchphase von 1989 daran erinnerte, der Riss, der Täter und Opfer trenne, durchschneide den Menschen, denn dieser sei zu allen Zeiten beides gewesen.

Integrales Gedenken muss vielfältige Erfahrungen reflektieren und vielschichtige Perspektive erschließen. Welthistorisch betrachtet bedeutete die Kapitulation der deutschen Wehrmacht die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft und damit von einer schrecklichen Zukunft. Aber sie zog auch die Teilung des Landes und den Verlust der Heimat in den deutschen Ostgebieten nach sich. Nach einer Übergangsphase unter alliierter Herrschaft begann eine vierzigjährige Geschichte deutscher Teilung. Während in den Westzonen bis 1948 die Grundlage für einen parlamentarischen Verfassungsstaat geschaffen worden war, unterstützte die sowjetische Militäradministration den Aufbau einer Parteidiktatur. Millionen Deutsche flüchteten in den folgenden Jahren in den Westen – die Wunde der Teilung ging tief und vernarbte nur langsam. Die Deutschen konnten dies nur akzeptieren, weil sie die Teilung ihres Landes als Konsequenz eines Krieges deuteten, der von deutscher Seite entfesselt worden war und im Völkermord an den Juden kulminierte, als dessen Symbol »Auschwitz« galt. Vor dem Leiden der Juden erhielt jeder andere Schrecken dieses von Deutschen entfesselten Krieges ein anderes Maß. Zugleich spiegelt sich in jeder Erinnerung die Ambivalenz des Gedenkens.

1945 war ja niemals allein eine Zäsur deutscher Zeitgeschichte – das liegt auf der Hand –, sondern ein tiefer Einschnitt für die gesamte Geschichte Europas. Dieses Jahr

markiert den unwiderruflichen Untergang einer Ordnung, die tief in der europäischen Geschichte verwurzelt war. Volksgruppen, die noch im 19. Jahrhundert nebeneinander in einem Gemeinwesen lebten, sind infolge der menschenverachtenden Übersteigerung des Nationalismus im Zweiten Weltkriegs vertrieben, aufgerieben und entwurzelt worden. Das Nationalstaatsprinzip, das dem 19. Jahrhundert entstammte und reiche Frucht trug, wurde im 20. Jahrhundert in zwei Weltkriegen, in Revolutionen und Bürgerkriegen pervertiert. So bereitete es den Boden für seine eigene Überwindung und für die Idee der europäischen Integration. Sie wurde nur möglich, weil der Wunsch, einen Ausgleich nationaler Interessen durch Verhandlungen und nicht durch Kriege herbeizuführen, den Begriff der »nationalen Interessen« relativierte und politisch immer weniger tauglicher erscheinen ließ. Er sah blass aus und inhaltsleer und verschärfte bestehende Gegensätze, anstatt sie einem Kompromiss zuzuführen.

Das Jahr 1945 wurde so zum Synonym für eine Tragödie, die mit der Geschichte der Nationalstaaten begonnen und durch den Nationalsozialismus ihren Kulminationspunkt erlebt hatte. Alle Versuche, die Bedeutung der Zäsur 1945 zu erfassen, können von diesen weltgeschichtlichen Voraussetzungen und Zusammenhängen nicht absehen. Wegen seiner offensichtlichen Vielschichtigkeit musste das Jahr 1945 in seiner möglichen Bewertung durch die Mitlebenden und Nachgeborenen umstritten sein. In der Nachkriegszeit konnte nämlich die Beurteilung dessen, was auf den Zusammenbruch folgte, niemals eindeutig und schon gar nicht einhellig sein. Deshalb blieb für die einen eine »Niederlage«, was für die anderen eine »Befreiung« war. Der eine dachte an Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft und Teilung, der andere an die Rettung seines Lebens, an seine Freisetzung aus der Haft oder aus dem KZ, an die Befreiung von der nationalsozialistischen Willkür, an die Befreiung vom Terror der letzten Kriegswochen.

Viele Jahrzehnte blieb diese Ambivalenz spürbar, die das Ende des Zweiten Weltkriegs in seiner kaum zu erfassenden Unterschiedlichkeit bedeutete. Diese Ambivalenz hat ihren Grund in der Geschichte selbst, die sich niemals auf einen einzigen Strang historisch-politischer Erfahrungen oder auf eine einzige, allgemeine oder gar verbindliche Empfindung reduzieren lässt. Weil diese Schwierigkeit, sich entscheiden zu müssen, eindeutigen Bewertungen im Wege stand, sprachen einige Zeitgenossen bald neutral von der »Kapitulation« oder von der »Stunde null« der deutschen Nachkriegsgeschichte. Andere betonten den Beginn einer »Restauration«, während Dritte immer wieder bekräftigten, das Jahr 1945 sei der Anfang einer Neuordnung, ein »Neubeginn«. Diese unterschiedlichen Bewertungen verstärkten sich im Zuge der Teilung Deutschlands und Europas, weil der Gegensatz zwischen den Systemen Ost und West, der sich schon bald nach Kriegsende abzeichnete, auch historisch durch den Rückgriff auf geschichtliche Legitimationsmuster gerechtfertigt werden sollte.

Wer den Begriff der »Stunde null« verwendet, setzte sich nicht nur dem Vorwurf aus, er weiche der Frage nach der Kontinuität deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert aus. Er machte auch deutlich, dass dieses Jahr den Anfang einer anderen, glücklicheren Geschichte verkörperte. Denn der neuerliche Versuch der Deutschen, nach dem Scheitern der Weimarer Republik und der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur zum zweiten Mal eine stabile Demokratie zu schaffen, konnte den Begriff der »Stunde null« als Metapher einer radikalen Neuorientierung der Deutschen durchaus rechtfertigen. Wer den Begriff der »Neuordnung« bevorzugte, vernachlässigte allerdings bewusst das Kontinuitätsproblem, denn mit der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Wehrmacht war nur der NS-Staat untergegangen, nicht aber die deutsche Gesellschaft. Menschen, die im Kaiserreich sozialisiert worden waren, prüften die sich aus der



Niederlage entwickelnden neuen Verhältnisse, ohne sich ganz von überkommenen Wertvorstellungen zu befreien. Im Rückblick aus den siebziger und achtziger Jahren wurde deutlich, dass die »Stunde null« die entscheidende Weichenstellung für die Verwestlichung der Bundesrepublik geworden war. Aber die Kontinuität der politischen und gesellschaftlichen Eliten stellte auch eine Bürde da, die im Laufe der folgenden Jahrzehnte nur langsam im Zug der nachwachsenden politischen Generation durch die Zeitläufe korrigiert wurde. Die These von der Neuordnung verdunkelt die Bemühungen um eine langsame Veränderung der grundlegenden Wertstrukturen, die nicht zuletzt auch mithilfe der politischen Bildung gelang.

Weizsäckers Rede 1985 wurde sofort zu den großen politischen Reden der deutschen Geschichte gezählt. Sie wirkte nachhaltig, klärte und versöhnte zugleich. Das konnte sie deshalb, weil sie versuchte, ein bis dahin geradezu unveröhnliches Verständnis von Zeitgeschichte als »Geschichte der lebenden Generation und ihrer Deutung« (Hans Rothfels) aufzubrechen. Sie verwies bereits auf den Historikerstreit, eine geschichtspolitische Auseinandersetzung, die seit Ende 1984 tiefe Gräben hinterlassen hatte. Weizsäckers Rede zeigte, dass es nicht um die Besetzung von Begriffen ging, sondern um die Verdeutlichung von Unterschieden in der Erinnerung. Er forderte auf, Vergangenheit nicht nur aus der eigenen Perspektive zu sehen, sondern mit den Augen des Andern, des leidenden Zeitgenossen und mit denen der anderen europäischen Gesellschaften.

Worin die große Wirkung dieser Rede lag, ist oft erörtert worden. Ohne Zweifel gelangt es ihr, unterschiedliche Erfahrungen und Perspektiven zu integrieren und den Blick auf sehr unterschiedliche Stimmungen zu lenken, je nach der Lage, in der sich die Menschen – und keineswegs nur die Deutschen – nach 1945 befanden. In den Jahrzehnten zuvor hatte man sich auch an das Kriegsende erinnert, aber diesen Tag nicht in den Mittelpunkt geschichtspolitischer

Auseinandersetzungen gerückt. Denn zunächst blieb die Erinnerung der meisten Deutschen durch die Erfahrung von Niederlage, Vertreibung und Teilung Deutschlands geprägt.

Weizsäckers Rede gilt als Ausdruck eines pluralistischen Geschichtsbewusstseins, weil sie einlädt, sich eigene, höchst persönliche Erfahrungen zu vergegenwärtigen, ohne die Erfahrungen anderer zu relativieren, und sie auf die welt- und nationalhistorischen Zeitläufe zu beziehen. Dies versöhnte die meisten Zuhörer. Sie fanden sich und Ansätze ihrer eigenen Lebensgeschichte in dieser Rede wieder. Zugleich aber gelang es Weizsäcker, den Blick seiner Zuhörer auf das Leiden anderer zu lenken. Gerade dies relativierte die oftmals lebensgeschichtlich isolierten und so verabsolutierten Erfahrungen und Deutungen der – Plural! – Vergangenheiten. Gerade der folgende Kampf um die Deutung der Vergangenheit im Historikerstreit bestätigte die Bedeutung von Weizsäckers Rede – sie versöhnte, ohne zu spalten, und söhnte auf diese Weise viele der Deutschen und der Europäer mit ihrer persönlichen Leidensgeschichte und der politischen Vergangenheit aus.

Damit veränderte sich der Begriff des »Opfers«, des Individuums, das sich Politik, Krieg und Übermächten ausgeliefert sah. Im Begriff des Opfers spiegeln sich vielfältige Realitäten der Verfolgung. Diese vielfältigen Realitäten wollen angesprochen werden, will man nicht der individuellen Relativierung in der Erinnerung jener Vorschub leisten, die sich – wie zum Beispiel Vertriebene – ebenfalls als Opfer des Krieges und der NS-Zeit fühlen, weil sie an Leib, Leben und Besitz Folgen verbrecherischer Politik zu tragen hatten. Die menschliche Erinnerung muss immer und unausweichlich Gleichzeitiges bewältigen. In ihr verbindet sich, was unmittelbar nach dem Kriege nachwachsende Generationen getrennt haben oder sogar verdrängen wollten, um sich nicht dem Vorwurf der »Aufrechnerei« auszusetzen.

Immer wieder werden die Folgen einer lebensgeschichtlichen Parzellierung von kollektivgeschichtlich wichtigen

Ereignissen in politisch brisanten Debatten über das Verhältnis von Schuld und Verantwortung, Vergehen und Verbrechen, Ursachen und Folge sichtbar. Bis heute – um ein Beispiel zu nennen – sind Verwerfungen in den deutsch-tschechischen Beziehungen seit der Zwischenkriegszeit nicht gelöst. Über die gewaltsame Vertreibung Deutschstämmiger als Kollektivschicksal zu sprechen, fällt vielen Tschechen augenscheinlich bis heute schwer, obwohl mit der Trennung von Lebens- und Regimegeschichte ein Ausweg offen stünde, individuelles Leid von Deutschen nicht in eine kollektive Entschuldigung deutscher Verbrechen münden zu lassen. Und von der deutschen Seite zu fordern, die Verfolgung und Vertreibung aus Böhmen nicht offen anzusprechen, diese also, wie es heißt, zu »beschweigen«, würde unausweichlich eine reaktive Debatte provozieren, die an das Verfolgungsgeschehen, das Deutsche traf, erinnern *wollte*.

Wer die Erinnerung an die Vertreibung von Deutschen aus Ost- und Ostmitteleuropa im Zusammenhang mit dem Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus zu wecken versucht hat, setzte sich der Kritik derjenigen aus, für die die Vertreibungsoffer keine NS-Opfer waren, sondern zu den für die NS-Verbrechen verantwortlichen Tätern zählten. Zwar rückte so die dramatische und bewegende Leidensgeschichte auch dieser Menschen, die Unrecht erlitten haben, in das öffentliche Bewusstsein, aber verbunden mit dem – unangemessenen – Vorwurf der Relativierung, auch wenn es nicht um eine kollektive Wertung geht, sondern persönliche Leidensgeschichte.

So gesehen ist der 27. Januar als umfassender Gedenktag eine besondere Herausforderung für Erinnerungsvermögen, Erinnerungskraft und den Erinnerungswillen der Deutschen und ihrer Nachbarn: Denn der Wille zum umfassenden Rückblick, zur Vergegenwärtigung des Vergangenen, zur Würdigung des Zurückgelassenen entspricht einem menschlichen Grundgefühl, doch wird dieses Grundgefühl durch gruppen-



spezifische Verengungen und Reduzierungen menschlicher Empathiefähigkeit beeinflusst und geprägt.

Gerade weil am 27. Januar der Völkermord an den europäischen Juden nicht zum alleinigen oder vorrangigen Erinnerungsbezug gemacht wurde – die häufig zu lesende Bezeichnung »Holocaust-Gedenktag« deutete diese Verengung an –, gelang es, die Gesamtgeschichte der Verfolgung bewusst zu machen. Insofern konnte dieser umfassend begriffene Gedenktag das Gedenken auf eine neue Grundlage stellen. Er konnte das integrale Leidens- und Opferverständnis stärken und die Summe der vielen Leiden, die historisch miteinander verbunden, aber lebensgeschichtlich viel stärker isoliert sind, vor die Augen der Nachlebenden rücken. Politisch Verfolgte, aus kulturellen Gründen Vertriebene, aus rassenpolitischen Gründen Entrechtete, Deportierte, Vertriebene, Verschleppte, KZ-Häftlinge, politische Häftlinge, Kriegsgefangene – sie alle verkörpern auf ihre Weise einen Aspekt der Leidensgeschichte im 20. Jahrhundert.

Mag es in der individuellen Betrachtung von Leid vorrangig um die eigene Person, die eigene Gruppe und das eigene Deutungsmuster gehen, so sollte man doch von jedem durch Unrecht Bedrängten die Fähigkeit zur Empathie erwarten, also ein Ereignis mit den Augen eines anderen wahrnehmen zu können. Wer sich nicht vorstellen kann, was ein Häftling in einem Vernichtungslager durchleiden musste, weil sein Schmerz durch die Erfahrung eines Flächenbombardements geprägt ist, kann nicht erwarten, dass der rassistisch Verfolgte die Angst des Bombenopfers begreift, umso weniger, als sich das Leiden des Einzelnen an der doppelten Front von Bomben und Gestapo überlappen kann.

Wer sich ganz auf seine Erinnerung an Vertreibung und Verschleppung konzentriert, ohne Mitgefühl für diejenigen aufzubringen, die als Gegner des NS-Staates Deutschland verlassen mussten, wird kaum die Möglichkeit haben, glaubhaft zu machen, dass es ihm auch wichtig ist, seine eigene

Lebensgeschichte in den Rahmen europäischer Vertreibungen einzuordnen. Wer sich dem Erinnerungsschmerz an seine eigene Kriegsgefangenschaft hingibt, aber das Mitgefühl für die sowjetischen Kriegsgefangenen, die millionenfach dem Tod preisgegeben wurden, vermissen lässt, wird nicht davon ausgehen können, dass Zeitgenossen, die Mitleid mit ihm empfinden *können*, dieses Gefühl auch zeigen *wollen*.

Die Parzellierung der Leidenserfahrungen führt so zu einer nicht selten gewollten, ja sogar demonstrativen mentalen Blockade des Mitgefühls. Die Kehrseite dieser Blockade, die einer Verweigerung des erinnernden Mitempfindens gleichkommt, ist eine ganz bewusst vorgenommene Verengung des Gedenkens, die nicht mehr tröstet, sondern verletzt und nicht selten als eine Form »fanatischen Gedenkens« wahrgenommen wird. Allgemein scheint zu gelten, dass der Wille zum Mitleiden-wollen und -können beim Menschen vergleichsweise schwach ausgebildet ist. Dennoch muss man akzeptieren, dass sich im Gedenken auch die Vielfältigkeit der Erfahrungen zu spiegeln hat. Deshalb kann Gedenken wohl niemals einmütig und auch nicht einhellig sein.

Das 20. Jahrhundert war eines der Weltkriege, Revolutionen und Krisen. Es gab Rückschläge, enttäuschte Hoffnungen, Ideologisierung und Menschenrechtsverletzungen. Aber daneben sind gelungene Versuche politischer Neuorientierung Ausdruck politischer Hoffnung, demokratischer Reife und einer kollektiven Selbstkorrektur. Politische Erfolgsgeschichten stehen neben Rückschlägen. Widersprüchlichste und verworrenste Lebensgeschichten müssen gleichzeitig betrachtet, gewürdigt, verstanden und gedeutet werden: Man wird sich gewiss an die Entrechtung der Juden, an ihre Enteignung und Deportation und an den Völkermord an den Juden erinnern, wenn man zurückschaut; man wird sich aber auch in das Gedächtnis rufen, was daneben für die ganze Unüberschaubarkeit dieses Jahrhunderts steht: Terror und Verfolgung; daneben Flucht und Vertreibung, langjährige Kriegsgefangenschaft,

Verschleppung und Benachteiligung. Und gewiss wird dabei nicht allein der Blick auf die deutsche Geschichte fallen, die einen tiefen Zivilisationsbruch verkörpert, sondern es werden die Leidens- und Entrechtungsgeschichten auch anderer Völker und Staaten ins Bewusstsein rücken. Sie erinnern an die Möglichkeiten des Menschen – im Guten wie im Schlechten. Sie machen nachdenklich, zurückhaltend, bescheiden und sich selbst gegenüber hoffentlich misstrauisch.